



Dringlicher Berichts Antrag

der Fraktion der FDP

betreffend Hebammenversorgung in Hessen

Vorbemerkung:

Nach Informationen des Landesverbands der Hessischen Hebammen kommt eine Studie zum Ergebnis, dass derzeit in Frankfurt nur noch jede zweite Frau eine Hebamme für die Wochenbettbetreuung findet. (z.B. Berichterstattung in der FNP an 22. Mai 2017 und in der FR vom 28. Mai 2017). Diese Entwicklung ist höchst beunruhigend und bedarf zeitnaher Lösungsansätze. In Frankfurt wurde vor diesem Hintergrund ein Eckpunktpapier mit pragmatischen Handlungsmöglichkeiten erarbeitet, welche die Situation für die betreffenden Frauen und die Hebammen verbessern könnte.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung ersucht, im nächsten sozialpolitischen Ausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Ist der Landesregierung die statistische Erhebung bekannt, die die Versorgungsrate von Müttern und ihren Neugeborenen durch Hebammen darlegt?
2. Wenn ja, zu welchen Ergebnissen kam die Erhebung und welche Erkenntnis zieht die Landesregierung aus den ermittelten Zahlen?
3. Welche regionalen Besonderheiten lassen sich dort feststellen und wo zeichnen sich besondere Problemlagen und Engpässe ab?

4. Gibt es Abweichungen zwischen den Ergebnissen dieser Erhebung und den der hessischen Landesregierung ermittelten Zahlen bezüglich der Abdeckungsquoten und wie begründen sich diese?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung, dass in hessischen Großstädten wie Frankfurt oder Wiesbaden inzwischen jede zweite Frau keine Wochenbettbetreuung mehr erhält und in Fachkreisen bereits von einem gravierenden Hebammenmangel ausgegangen wird?
6. Wie bewertet die Landesregierung den Widerspruch zwischen den oben genannten Einschätzungen und der des Sozialministeriums, welches nicht von einem generellen Mangel ausgeht, sondern die Auffassung vertritt, dass sich die Probleme sich meist nur auf die kleine Gruppe der freiberuflichen Hebammen bezögen? (Berichterstattung FNP und FR vom Mai 2017)
7. Wie schätzt die Landesregierung die aktuelle Lage für Hessen ein?
8. Wie viele schwangere Frauen finden in Hessen keine Hebamme für das Wochenbett?
9. Welche Maßnahmen zur Bewältigung der Problemlagen sollen diesbezüglich zeitnah getroffen werden?
10. Ist der Landesregierung der Entwurf für einen Eckpunktepapier zur besseren Wochenbettversorgung von Müttern und Neugeborenen bekannt, welches in der Stadt Frankfurt gemeinsam mit Hebammen und Fachärzten konzipiert wurde?
11. Wenn ja, war die hessische Landesregierung bei der Erstellung oder im Verlauf des Diskussions- bzw. Abstimmungsprozesses beteiligt und wie bewertet sie die vorgeschlagenen Maßnahmen im Einzelnen?

12. Ist ggf. eine Unterstützung von Seiten des Gesundheitsministeriums geplant, damit ein Konzept zur besseren Wochenbettversorgung von Müttern und Neugeborenen zügig umgesetzt werden kann?

Wiesbaden, den 9. August 2017

Für die FDP-Fraktion:

Der Parlamentarische Geschäftsführer

Jürgen Lenders